

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abgabe 15 Pf. für Postanfertigung und Briefkastenbesetzung. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Verlagspreis: Die Hauptleiste Nummer 20 halbjährlich, die 4 gezeichneten Seiten der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbjährlich, die 4 gezeichneten Seiten der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbjährlich. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.  
Nr. 193. 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 19. August 1926

## Englands Bergarbeiterfrage.

Die englischen Bergarbeiter haben sich endlich dazu entschließen müssen, ihren dreieinhalb Monate währenden Kampf als zusammengebrochen zu erklären; denn die Konvention ihrer Delegierten hat die Mitglieder des Volkstages ermächtigt, sich um die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit der Regierung zu bemühen. Allerdings hat man sich vorläufig noch nicht verbindungslos für besetzt erklärt, denn die schließliche Regelung — wir würden es als einen Tarifvertrag bezeichnen — soll sich auf das gesamte England erstrecken, nicht etwa bezirksweise erfolgen. Praktisch ist damit der Kampf zu Ende; denn daß es bei Ablehnung dieser Bedingung zu einem Neuausbruch des Streiks kommen würde, ist kaum anzunehmen angesichts der Notlage schwerster Art, in der sich die streikenden Bergarbeiter befinden.

Aber gerade die bezirksweise Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse ist eine Hauptforderung der englischen Grubenbesitzer, die gleichfalls mit einer geradezu ungläublichen Zähigkeit diesen Kampf geführt haben. Der zweite Streitpunkt war die Frage der Arbeitszeit. Durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit ist auch dieser mit einer Niederlage gesetzgeberischer und tatsächlicher Art auch den Bergherren gegenüber entschieden. Unterlegen ist man auch im Kampf gegen den Versuch der Bergherren, die Arbeitslöhne mindestens bezirksweise herabzusetzen. Man sieht, daß die Bergarbeiter mit ihrer jetzt noch aufgestellten Bedingung gerade den Kernpunkt getroffen haben, weil die bezirksweise Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes das Entscheidende ist.

Dieser Bergarbeiterstreik hat England fürchtbare Bunden geschlagen; die seit Jahrzehnten bewährte Solidarität der vier großen Gewerkschaften ist zertrümmert. Die Kohlenarbeiter schaukeln ohne Widerstand die aus dem Ausland eintreffenden Kohlen aus den eintausenden Schiffen und die Eisenbahnen befördern sie gleichfalls ohne Widerstand. Die Gewerkschaftsinternationale hat versagt und wenn Moskau nicht finanziell so freigebig zu Hilfe gekommen wäre — was aber auch nur ein paar Tropfen auf dem heißen Stein bedeutete —, so wäre der Streik längst beendet, denn die Zuschüsse, die man aus anderen Ländern erhielt, waren geringfügig. Versagt hat die internationale Solidarität. Ob politisch von all dem der Kommunismus den Rahmen abschöpfen wird, weiß man nicht; jedenfalls macht die Arbeiterpartei unter Führung Macdonalds alle nur denkbaren Anstrengungen, um die Ernte einzuharnten, und wie die letzte Neuwahl beweist, nicht ohne Erfolg. Die konservative Partei unter Führung von Baldwin hatte bei der letzten Wahl viele Arbeiterstimmen hinter sich, dürfte wohl aber in Zukunft in dieser Hinsicht ziemliche Verluste erleiden.

Wenigstens läßt sich ermaßen, wie groß die augenblicklichen, aber auch die zukünftigen wirtschaftlichen Verluste Englands im Gefolge dieses Streiks sind. Daß es Deutschland gelungen ist, einen großen Teil seiner Kohlenbestände abzubauen und die Förderung wegen der gesteigerten Absatzmöglichkeiten auf fast 100 % der Vorkriegsförderung zu steigern, ist erfreulich; es bleibt abzuwarten, ob es gelungen ist, auch auf die Dauer frühere englische Absatzgebiete zu erobern. Ziel des Widerstandes der englischen Bergherren ist aber vor allem eine Herunterdrückung der Produktionskosten; kommt ihnen die englische Regierung in irgendeiner Form verschleierte Subventionen zu Hilfe, so kann Deutschland sich auf einen überaus scharfen Konkurrenzkampf gefaßt machen, der sich jedoch nicht von heute auf morgen zeigen wird, weil natürlich die Instandsetzung der solange stillgelegten englischen Bergwerke Zeit und vor allem Geld erfordert. Auch bei den anderen Industrien hat der Streik verheerend gewirkt, auch dort werden sich seine Folgen nicht in kurzer Frist beseitigen lassen. Doch ist auch hier damit zu rechnen, daß die englische Regierung diesen Wiederaufbau etwa durch zollpolitische Maßnahmen eifrig unterstützt und auch sonst seiner schwer bedrängten Industrie zu Hilfe kommen wird.

## Poincaré an der Arbeit.

Die Sparmaßnahmen der französischen Regierung. Poincaré ist von einem kurzen Landaufenthalt nach Paris zurückgekehrt, um an den Kabinettsitzungen, in denen die Regierung sich eingehend mit dem Kampf gegen die Teuerung und mit den geplanten Sparmaßnahmen zu befassen wird, teilzunehmen. Der Kampf gegen die Verteuerung der Lebenshaltung soll durch eine Politik der Einfuhrbeschränkungen und durch eine Preispolitik geführt werden. Was die Ersparnisse in der Verwaltung angeht, so will man sich an die Empfehlungen von zwei Sparauschüssen, die bereits von den früheren Ministerien eingesetzt worden waren, halten. Die Ersparnisse sollen auf dem Verordnungswege durchgeföhrt werden. Die Regierung will die Zahl der Steuerbeamten nicht verringern, sondern sogar erhöhen, um eine bessere Kontrolle der Steuererhebung zu ermöglichen. Auch das Telefon- und

## Amerika wünscht Weltabrüstung.

### Kellogg für allgemeine Entwaffnung.

Im Gegensatz zu den von amerikanischen Blättern verbreiteten Nachrichten erklärte der amerikanische Staatssekretär Kellogg, daß er sich nicht mit Rücktritt absichten trage. Der Staatssekretär hat sich nach Pittsburgh begeben, wo er anlässlich der Enthüllung eines Denkmals über Amerikas Politik im Verhältnis zu Genf sprach.

Das Thema der Rede war die Gesamtabrüstungsfrage, die es den einzelnen Nationen ermöglichen soll, sich von der Verantwortung vor Angriffen durch ihre Nachbarn zu befreien. Die Entwaffnung der Völker, so führte der Staatssekretär aus, müßte schleunigst von Grund auf begonnen werden. Man dürfe nicht warten, bis allgemein anwendbare Formeln, die für alle Welt passen, gefunden seien. Besondere Aufmerksamkeit widmete Kellogg einem Abkommen über die Marineabrüstung, dessen dringende Notwendigkeit er betonte. Er stellte sich auf den deutschen Standpunkt, daß man sich in erster Linie an die greifbaren und sicheren Rüstungen halten müsse. Die Regierung der Vereinigten Staaten wünsche, daß Genf zu einer Beschränkung der Rüstungen in aller Welt führen möge.

### Herrid über Frankreich.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Herrid, ist in Washington eingetroffen. Bei einer Unterredung gab Herrid ein günstiges Bild von der französischen Wirtschaftslage. Danach hätten die Franzosen nicht nur Arbeit für sich selbst, sondern müssten außerdem zwei Millionen ausländischer Arbeiter einfinden. Das industrielle, wirtschaftliche Frankreich gehöre zu den blühendsten und reichsten Ländern der heutigen Welt. Die europäischen Länder hätten die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Zusammengehens erkannt und beurteilten heute die Dinge von einem mehr internationalen Gesichtspunkte. Die

er damit eine Einschränkung des Völkerbundes meine, verweigerte Herrid. Er fand auch Entschuldigung für die französischen Ausschreitungen gegenüber den Fremden, da die Erbitterung und Verärgerung über den Sturz des Franken sehr groß wäre. Berliner Auslegungen über die Besprechungen Coolidges und Kelloggs mit Herrid und Houghton, nach denen Amerika eine stärkere Annäherung an Europa wünsche, trafen keinesfalls zu. Diese Besprechungen müßten vielmehr im Hinblick auf den Wahlkampf betrachtet werden, wobei die allgemeine Parole der Republikaner noch immer das „Los von Europa“ sei.

## Die Verhandlungen um Eupen-Malmedy

Brüssel, 19. August. In Regierungskreisen wird die Nachricht, daß Frankreich offiziell gegen eine Rückgabe Eupen-Malmedys an Deutschland bei der belgischen Regierung Protest eingelegt habe, dementiert. Es ist jedoch als sicher anzunehmen, daß Frankreich seinen diesbezüglichen Standpunkt in Brüssel vorgetragen hat. Man versichert hier, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien über Eupen-Malmedy tatsächlich geführt werden und offiziellen Charakter tragen.

## Das internationale Eisenkartell kommt doch zustande.

Paris, 18. August. In diesem maßgebenden Kreise wird heute berichtet, daß die belgischen Industriellen, an deren ablehnender Haltung der Abschluß des internationalen Eisenkartells zwischen der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie bei den letzten Verhandlungen scheiterte, ihre Stellungnahme revidiert haben. Die belgischen Industriellen seien bereit, das vorgesehene Abkommen ebenfalls zu unterzeichnen. Man rechnet hier damit, daß die am 17. September wieder beginnenden Verhandlungen unmittelbar zur Unterzeichnung führen werden.

Telegraphenpersonal soll verstärkt werden. Dagegen sollen in anderen Verwaltungen alle Stellen, die durch Pensionierung der Inhaber frei werden, eingezogen werden, ebenso das zahlreiche Hilfspersonal. Man hofft, auf diese Weise etwa 500 Millionen jährlich zu ersparen. Außerdem soll so schnell wie möglich das Budget für 1927 fertiggestellt werden, damit die Parlamentsausschüsse bald mit der Prüfung beginnen können.

### Dr. Leibl.

Gegen den Führer der Süddeutschen Dr. Leibl, der auch als Vertrauensmann der Deutschen Studenten-



schaft in der Tschechoslowakei bekannt ist, wurde ein Strafverfahren wegen Gefährdung der Sicherheit der Tschechoslowakischen Republik eröffnet.

## Die Studienkommission des Völkerbundes

Keine Vermehrung der Ratsitze. An der zuständigen Berliner Stelle ist jetzt die bestimmte Mitteilung eingegangen, daß die Studienkommission des Völkerbundes zur Be-

ratung einer Ratsreform am 30. August zusammenzutreten wird. Die formale Einladung, deutsche Vertreter zur Studienkommission zu entsenden, liegt allerdings noch nicht vor, doch kommt dieser Verzögerung keine besondere Bedeutung zu; denn auch die Einladung zur Ratstagung der Studienkommission lief erst wenige Tage vor dem Zusammentritt ein. Die deutsche Regierung wird in der Studienkommission durch ihren Botschafter in Paris, Dr. von Hoersch, vertreten werden.

Der amtliche englische Funkdienst meldet, daß die britische Haltung bei der kommenden Sitzung der Studienkommission immer noch die sei, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und der ständige Ratsitz für Deutschland allen anderen Erwägungen vorgehen müsse. Durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund würden der Einfluß und die Autorität des Völkerbundes in der ganzen Welt außerordentlich vergrößert und man hoffe, daß aus diesem Grunde Spanien bemüht sein werde, an der Lösung der Weltprobleme und des Wiederaufbaues Europas mitzuwirken. Für den nur Deutschland zu gewährenden ständigen Ratsitz hat sich auch die Nordische Interparlamentarische Konferenz, die in Stockholm zusammengetreten war, ausgesprochen. Der späte Termin des Zusammentretens der Studienkommission erregt allerdings einige Beforgnis, da der Völkerbundrat selbst schon am 3. September zusammentreten soll und die Vollversammlung am 6. September.

## Unwetter und Erdbeben.

In der Pfalz. Aber die ganze Pfalz ging ein schweres Unwetter nieder. Die Bahnlinie Birmasens-Biebermühle wurde durch umgeworfene Bäume gesperrt. Wie aus Petersberg gemeldet wird, bedeckte der Hagel noch stundenlang die Felder. Die Feld- und Gartenfrüchte wurden vollkommen vernichtet. Auch in den Wäldern richtete der Sturm beträchtlichen Schaden an. Über Zweibrücken gingen drei schwere Gewitter nieder, die von wolkenbruchartigem Regen begleitet waren, wodurch zahlreiche Keller überschwemmt wurden.

In Sizilien. Aus Messina und Kalabrien werden wiederum Erdbeben gemeldet, die jedoch nur geringen Schaden anrichteten. — In Palermo ist ein ziemlich starkes Erdbeben während einiger Sekunden verpöhrt worden. In kurzen Zwischenräumen folgten zwei weitere Stöße und tiefen große Beunruhigung hervor. Sie richteten jedoch keinen Schaden an. Die Erdstöße wurden auch an der turkentischen Küste, auf Sizilien und an der Küste Kalabriens